Gertie

Netzwerk Friedenssteuer. c/o Eduard-Schmid-Str. 26. 81541 München. Tel: 089-659253

KEIN GELD FÜR KRIEG

Friedenssteuer NACHRICHTEN

Netzwerk Friedenssteuer

Nr. 35. JUNI 2006

DIE PERLE DES GENERALBUNDESANWALTS

Deutschland darf keinen Angriffskrieg vorbereiten, sich aber schon bei oder nach Kriegsausbruch in das „kriegerische Unternehmen" anderer Staaten einschalten. Das ist der Kern der Aussage von Kay Nehm, Generalbundesanwalt. Der Generalbundesanwalt gehört dem Bundeskabinett an und ist dem gegenüber weisungsgebunden. Es geht also um ein stark regierungspolitisch gefärbtes Urteil. Wie geht man damit um?
– s. auch Seite 2.

Als bekannt wurde, das zwei Angehörige des Bundesnachrichtendienstes sich aktiv an der Zielerfassung für den völkerrechtswidrigen Irak-Krieg beteiligt hatten, zeigte die Kooperation für den Frieden, der das *Netzwerk Friedenssteuer* angehört, u.a. Gerhard Schröder und Josef Fischer wegen des Verdachts der Beihilfe zum Angriffskrieg an. Am 26.01.06 antwortete Kay Nehm wie folgt:
„...Nach dem eindeutigen Wortlaut der Vorschrift (Art.26 Abs.1 GG) ist nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selber strafbar, so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist (Tröndle/Fischer StGB 53.Aufl. 80 Rn 13). Ein Analogieschluss dahingehend, dass dann, wenn schon die Vorbereitung eines Angriffskrieges strafbar ist, dies erst recht für dessen Durchführung gelten müsse, ist im Strafrecht unzulässig (BVerfG 26, 41, 42; 47, 109, 121 ff.). Auch kann Art.26 Abs.1 GG, der über den Anwendungsbereich des § 80 StGB hinausreicht, nicht zur Auslegung herangezogen werden. Denn Art.103 Abs.2 GG verbietet die Anwendung einer Strafvorschrift über ihren eindeutigen Wortlaut hinaus.

Hier darf kein Angriffskrieg geübt werden.
Ostermarsch 2006:
12.000 TeilnehmerInnen!
- s. auch S. 3

Art.26 Abs.1 GG lautet:
Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskriegs vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Strafgesetzbuch § 80 Abs.1:
„Wer einen Angriffskrieg, an dem die BRD beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die BRD herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft."

Art.103 Abs.2 GG:
„Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde."

Folglich scheidet als möglicher Täter aus, wer sich erst bei oder nach Kriegsausbruch in das kriegerische Unternehmen einschaltet (LK-Laufhütte StGB 11. Aufl. § 80 Rn 7)."

In ihrer Pressemitteilung nannte die *Kooperation für den Frieden* dies „eine hanebüchene Rechtsauffassung". Die Bundesanwaltschaft begebe sich in diesem Schreiben in offenen Gegensatz zum jüngsten Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichtes (Pfaff-Urteil, Bericht in FN34). Darin steht u.a.: „Wenn ein Angriffskrieg jedoch von Verfassungswegen bereits nicht vorbereitet werden darf, so darf er nach dem offenkundigen Sinn und Zweck der Regelung erst recht nicht geführt oder unterstützt werden."

Sind GeneralbundesanwältInnen automatisch willige VollstrekkerInnen der jeweiligen Regierung? Nehm´s Nachfolgerin ab Juni, Monika Harms (CDU), soll couragierter sein, Sachverhalten auf den Grund zu gehen. Mal sehen, ob auch für sie die Regierung wichtiger ist als das Grundgesetz.

Gertie Brammer

Auf diese „Perle des Generalbundesanwalts" reagierte die Friedenskooperative am 20. Mai mit einem **Appell an den Bundestag zum Grundgesetztag** mit folgendem Inhalt:

Den Friedensauftrag aus Artikel 26 Grundgesetz endlich einlösen!

An alle Abgeordneten und den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Anlass des Grundgesetztages am 23. Mai appellieren wir an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages - zugleich formell als Petition an den Deutschen Bundestag -, den Gesetzgebungs-Auftrag aus Artikel 26 Grundgesetz endlich umzusetzen.
Der Grundgesetzartikel 26 legt im Kontext mit Artikel 24 und 25 sowie der Präambel des Grundgesetzes die Friedensverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland fest. Artikel 26 Grundgesetz fordert explizit, alle Friedensstörenden Handlungen, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges, unter Strafe zu stellen.
Inzwischen hat sich die Bundesrepublik Deutschland 1999 an einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt. 2003 war die Bundesrepublik Deutschland an dem auch vom UN-Generalsekretär Kofi Annan als völkerrechtswidrig gekennzeichneten Angriffskrieg einer alliierten Koalition u.a. mit Gewährung von kriegsrelevanten Überflugrechten und kriegsunterstützenden Aktivitäten von BND-Mitarbeitern beteiligt. Solche Handlungen werden vom Grundgesetz in Artikel 26 als verfassungswidrig gekennzeichnet.

Mitglieder aus der Friedensbewegung, die in diesen Kontexten Strafanzeigen gegen verantwortliche Mitglieder der jeweiligen Bundesregierungen gestellt hatten, wurden seitens des Generalbundesanwaltes dahingehend belehrt, dass der Strafgesetzbuch-Paragraph 80 zum Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht hinreichend sei, um Ermittlungen einleiten zu können. Zum einen verwies der Generalbundesanwalt darauf, dass § 80 StGB lediglich die Strafbarkeit der Vorbereitung (also nicht der Führung!) eines Angriffskrieges umfasse (3 ARP 8/06-3). Diese Interpretation steht in offenem Widerspruch z.B. zu den Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts zur Gehorsamsverweigerung eines deutschen Soldaten im Irak-Krieg (BVerwG 2 WD 12.04).
Zum anderen wurde bemerkt, dass Artikel 26 Grundgesetz zwar ein umfassendes Friedensgebot enthalte, § 80 StGB jedoch keine dementsprechend umfassenden Sanktionen vorsehe. Man habe sich 1968 im Strafrechtsausschuss nur auf eine Teilumsetzung des Artikels 26 Grundgesetz einigen können. Der Generalbundesanwalt führte aus (3 ARP 84/03-3): "Bei den Beratungen wurde deutlich, dass die Durchführung des verfassungsrechtlichen Gesetzgebungs- Auftrages erhebliche Schwierigkeiten bereitete und dass deshalb eine vollständige Umsetzung nicht in Betracht kam (vgl. BT-Drucks. V/2860)."

Es ist nun - angesichts möglicherweise neuer bevorstehender Kriege - an der Zeit, endlich den Gesetzgebungs-Auftrag aus Artikel 26 Grundgesetz zu erfüllen und den Anforderungen in vollem Umfange nachzukommen. Deshalb richten wir zum Grundgesetztag 2006 diesen Appell an den Deutschen Bundestag! Alle friedensstörenden Handlungen müssen als verfassungswidrige Handlungen unter Strafe gestellt werden. Wir verstehen das Strafrecht in diesem Bereich als Ausdruck einer dem Frieden in der Welt dienenden verantwortlichen Politik, die verbindlich, klar und eindeutig Grenzmarkierungen aufzeigt, um die Friedensstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Statt einer Neudefinition des Verteidigungsfalles oder der Kriegslegitimation angeblich völkerrechts-gewohnheitsmäßig auf dem Vormarsch befindlicher "präventiver, humanitärer Angriffskriegsberechtigungen" bedarf es einer Rückbesinnung auf die Friedensstaatlichkeit des Grundgesetzes!

Unterzeichnende: VertreterInnen der Friedensbewegung, darunter das *Netzwerk Friedenssteuer*

Dieses Cartoon stand freilich nicht in dem Brief. Hätte aber gepasst!
(In diesem Heft mit freundlicher Genehmigung des Cartoonisten Jürgen Müller,Berlin)

FREIe HEIDe

Verteidigungsminister Franz Josef Jung hat sich treu in die Reihe seiner Vorgänger gestellt mit seiner Feststellung in der *Berliner Zeitung*, das Bombodrom werde dringender denn je gebraucht.

Es überrascht nicht, dass weiter gegen die nicht nur wirtschaftlichen Interessen einer Großregion Politik betrieben wird. Und Steuermittel für solche Vorhaben sind nach wie vor in unserem Land reichlich vorhanden.

Anfang Januar 2006 sind daraufhin 10.000 Menschen nach Fretzdorf gekommen, um ihre Ablehnung der Bombodrompläne auszudrücken. Friedrich Schorlemmer hielt eine Rede, woraus wir einige Passagen zitieren:

„Wir sind ein freies Land mit einer freien Heide. Der kalte Krieg, der zum heißen hätte werden können, ist zu Ende. Wir sind ein freies Land und sollten uns nie wieder zu Vasallen machen lassen! Unsere Interventionen liegen nun über 60 Jahre zurück und dürfen uns nie vergessen werden – anderen und uns selbst zugute – nicht vergessen werden. Hier geht es nicht nur um ein kleines Stückchen Erde, hier geht es nicht um etwas Provinzielles, sondern um etwas Prinzipielles! Ein freies Land mit einer freien Heide – auch frei von Lärm und Verwüstung soll es bleiben (...). Militärische Logik ist die Logik des Sieges über Menschen, die man verallgemeinernd Feinde nennt und deren effizientes Töten sodann zum höchsten Ziel wird (...).Die Logik des Friedens ist die Logik ziviler Lösungen, die Leben lässt und Leben schafft, die Konflikte mit aller Kraft und mit allem Mut zum Leben angeht...Die Irrsinnslogik des Militärischen ist alt. Sie durchzieht die ganze Menschheit. Die Ideologen des Status Quo nennen jedes Aufstehen dagegen unrealistisch, blauäugig, träumerisch. Sie sind die Realisten der Macht, ihrer angemaßten Macht über Leben und Tod.

Eine Welt von Ostern her ist die Gegenwelt, ist die Widerstandswelt gegen den Tod und die Logik des Todes und des Tötens. Nicht der Krieg ist der Vater aller Dinge, sondern der Frieden die Mutter allen Lebens."

Quelle: Pfr. Bernhard Schirge im Rundschreiben von *FREIe HEIDe* I/06

FREIES GEWISSEN

Presse-Erklärung von USA-Quakern (New York, New Jersey und Connecticut)

Die Quaker dieser Gruppen haben einmal mehr folgendes öffentlich kundgetan:

Sie seien der festen Überzeugung, dass keine Beteiligung an Krieg, inkl. Militärsteuerzahlung, mit ihrem Glauben in Übereinstimmung zu bringen ist. Durch die Militärsteuerzahlung zwängen Regierung und Politiker Gläubige dazu, Gottes Wort dem Staatsdiktat zu unterwerfen. Dabei gelte in den USA seit 350 Jahren die Religionsfreiheit als eine grundsätzlich moralische Imperativ, die nicht von Privilegien abhängig ist, welche der Gesetzgeber gerade zugesteht. Die jetzige US-Regierung respektiere dieses Recht auf Freiheit des religiösen Gewissens, inkl. des Rechts, nicht durch Zahlung von Militärsteuern zur Kriegsunterstützung gezwungen zu werden, nicht mehr.

Der Kongress-Abgeordnete John Lewis aus Georgia, unterstützt durch 35 weitere Abgeordnete, hat einen Gesetzentwurf* vorgelegt, der MSV-ern eine Alternative bieten würde: ihre Militärsteueranteile würden in einen Fonds für gewaltlose und lebensbejahende soziale Verteidigung fließen.

Dieser Gesetzentwurf werde von den Quakern unterstützt.

*) HR 2631: „The Religious Freedom Peace Tax Fund Bill".

Da kommen doch Fragen auf...

In diesem Zusamenhang stellte Günther Lott dem Verteidigungsminister in einem persönlichen Brief folgende Fragen:

1) Welche Kenntnis haben Sie von Region und Problematik der o.g. Gegend?

2) Seit wann haben Sie sich mit dieser Thematik befasst?

3) Stimmt Ihre Aussage, dass das „Bombodrom" „dringender denn je" gebraucht werde?

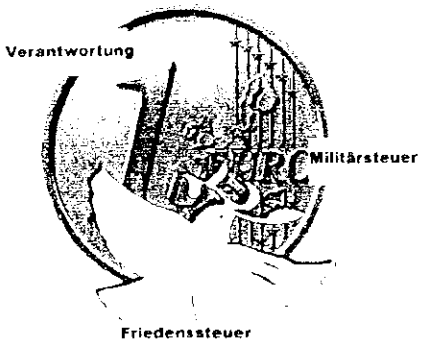
4) Wenn ja, wie begründen Sie das?

5) Sind Sie bereit, in der Nähe eines „Bombodroms" zu leben?

6) Was verstehen Sie unter einem VOLKSVERTRETER?

Die Antwort steht immer noch aus. Liegt bestimmt bei der Post.

INTERNATIONALES

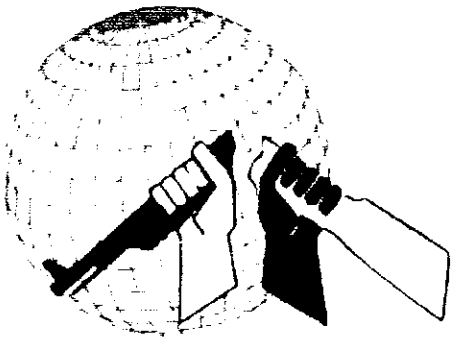


11. Internationale Konferenz in Woltersdorf: 26.-29.10.06.

Die offizielle Einladung zur Konferenz so wie das Programm finden Sie auf S. 11. Das Anmeldungsformular liegt bei. Unter www.peacetax-2006.com können Sie sich auch über Internet anmelden. Dort finden Sie außer einem Exposé auch das Programm und die Workshopthemen – beide letzteren werden sich erfahrungsgemäß noch mehrmals ändern bis alle Themen und Referenten definitiv feststehen. Wenn Sie einen Workshop führen können und wollen, richten Sie sich bitte an Friedrich Heilmann.
Für den Kulturteil hoffen wir auf eigene Ideen und Aktivitäten von den TeilnehmerInnen. Eine gibt es schon: Wer vom Blatt singen kann, möge sich bei Gertie Brammer melden, die den ausländischen Gästen einige etwas anspruchsvollere Lieder von der deutschen Gruppe anbieten möchte. Dazu gibt es Klavierbegleitung von Gudrun Rehmann.
Wir hoffen als Gastgeber natürlich auf rege Teilnahme aus eigenem Land! Und je früher Sie sich melden, umso besser können wir planen. Auch finanzielle Hilfe ist sehr willkommen, besonders für TeilnehmerInnen aus Übersee, deren eigene Mittel nicht ausreichen(Afrika, Asien, Südamerika).

Internationale Konferenz War Resisters International: Paderborn, 23.-27.06. 06

Bei der WRI hat die Militärsteuerverweigerung/MSV als Thema an Gewicht gewonnen, nicht zuletzt durch deren Zusammenarbeit mit CPTI (Derek Brett). MSV wird vier Tage lang gleichrangig neben anderen, mehr klassischen WRI-Themen (wie Kriegsdienstverweigerung/KDV) diskutiert. Das Netzwerk Friedenssteuer wird dort mit Stand, Vortrag und/oder Workshop erstmals direkt vertreten sein.



Auch Derek Brett wird dabei sein um seine Studie zur internationalen Rekrutierung und KDV vorzustellen, und über seine von CPTI angenommene Erklärung vor dem neuen Menschenrechtsrat (S.8 und 9) zu berichten. Und natürlich werden wir Unterschriften sammeln und weitere Menschen für die Lobbyarbeit werben. Schließlich sollten wir hier doch am Ehesten Verständnis dafür finden, dass MSV als konsequente, lebenslange Fortsetzung der zeitlich befristeten KDV anzusehen und (grund-)gesetzlich zu behandeln ist.
Wir hoffen in Paderborn alle Frie-enssteuerleute anzutreffen, die zusätzlich in der DFG-VK und somit auch bei der WRI organisiert sind.
Sie sehen: Vernetzung tut nicht nur Not – es gibt sie auch konkret. Allerdings können wir da noch Verstärkung gebrauchen!

Münchener Sicherheitskonferenz verändern e.V.

Am 21. Mai 2006 wurde dieses Projekt (s. Bericht in FN34), an dem unsere Regionalgruppe Bayern intensiv beteiligt ist, offiziell der Öffentlichkeit vorgestellt.
International an diesem Projekt ist das Ziel: durch den Dialog die internationalen TeilnehmerInnen der Münchener Sicherheitskonferenz/MSK, die Sicherheit ausschließlich militärisch/wirtschaftlich definieren, zu einer Veränderung in Richtung Abbau von Feindbildern und Neudefinierung des Begriffs „Sicherheit" zu bewegen.
Auch bei diesem Projekt gilt: klarmachen, dass unsere Steuern nicht einer militärischen „Sicherheit", sondern einer sozial ge-r(echten) Sicherheit dienen sollen.

Interessenten bitte melden bei Sepp oder Katharina Rottmayr, oder bei

Projektgruppe MSK verändern,
Schwanthaler Str. 133,
80541 München
Tel. 089-51 08 69 36
Fax 089- 8 34 15 18
eMail MSKveraendern@web.de
Spenden:
Stadtsparkasse München,
Kto.Nr.416370, BLZ 70150000.
Das Projekt ist als gemeinnütziger Verein eingetragen.

CPTI -Vorstandsbericht

- Unsere CPTI-VorständlerInnen wären längst wieder in Genf gewesen, wenn nicht ganz kurz vor knapp die Menschenrechtskommission/MRK aufgelöst worden wäre, um sich nach neuen Kriterien zu einem Menschenrechtsrat/MRR umzuformieren.
Diesmal also keine Vorstandssitzung in Genf, sondern in Leuven/B, im Hause Dirk Panhuis. Es gibt folgendes zu berichten:

- CPTI hat den Vorschlag von Derek Brett für ein schriftliches Votum an die Kommission (jetzt also: an den Rat) angenommen, in dem nahe gelegt wird, MSV als gleichbedeutende Gewissensfreiheit neben der KDV aufzunehmen. Dieser Aufforderung wird eine ausführliche Argumentation aus historischer und internationaler Sicht hinzugefügt.
Die Studie und das Votum werden Thema bei der Int. Konferenz sein (Votumtext Seite 8+9).
- CPTI war vertreten bei einem Kolloquium des *Europäischen Büro für Gewissensfreiheit* des Europa-Parlaments. Durch eine Reihe von CPTI-Aktivitäten gelang es, auch das MSV-Thema an verschiedenen Stellen besser ins Bewusstsein zu bringen.
- In der mündlichen Stellungnahme vor der MRK im April 2005 hatte CPTI auf Menschenrechtsverletzungen im Friedensdorf von San Jose de Apartado/Kolumbien hingewiesen. In der Abschlusserklärung verurteilt die MRK allgemein Massaker und grausame Gewalt – und speziell den Mord an acht Bewohnern dieses Dorfes. Sie fordert von der kolumbianischen Regierung volle Aufklärung dieses Verbrechens. Diese Reaktion kann sich CPTI zuschreiben.
- CPTI wünscht sich Unterstützung durch Menschen, die sich intensiv mit Entwicklungen in zusammenhang mit der EU-Verfassung auseinandersetzen wollen. Themen wären z.B.:
* Die Verteidigungs- bzw. Sicherheitsagentur (wie man sie nennen mag...). Diese scheint bereits auf dem Weg der konkreten Realisierung zu sein. Wer kann das prüfen und welche Schlussfolgerungen bringt das für die CPTI-Arbeit?
* Differenzen in den Verfassungstexten der verschiedenen Sprachen. Die Gewissensfreiheit scheint in manchen Sprachen enger gefasst als in anderen.

- Im Mai 05 und Januar 06 erschienen die ersten Nummern des CPTI-Newsletters (auf Englisch, von Derek Brett).Sie hatten ein gutes Echo. Wer diesen Newsletter bestellen möchte: bitte melden unter news@cpti.ws oder dubrett@talk21.com. Sehr zu emp-ehlen, wenn Sie wissen möchten, was international auf MSV-Gebiet läuft – es gibt mehr Positives, als man vermutet!! Siehe Kostprobe auf S. 9, rechts.

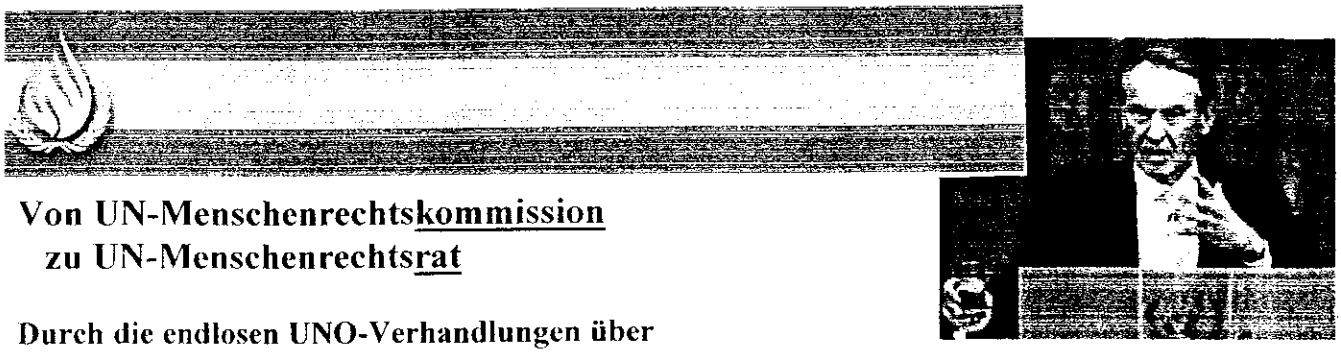
- Es wird zunehmend wichtig, für MSV auf Sozialforen und sonstigen wichtigen internationalen Veranstaltungen Unterstützung zu gewinnen. Beispiele:
* Auf dem Sozialforum in Barcelona 05 erreichte Derek Brett, zusammen mit einer erfolgreichen MSV-Gruppe aus Tarragonien, dass MSV mit überwältigender Stimmenmehrheit (und unter Applaus) in die Schlusserklärung aufgenommen wurde.
* Im Oktober 05 vertraten Carla Goffi und Dirk Panhuis CPTI in einer Sitzung vom *Europäischen Netzwerk für Frieden und Menschenrechte* in Brüssel.
Angestrebte Teilnahme für 2006:
Europäisches Sozialforum in Athen, Mai www.fse-esf.org;
Welt FriedensForum, Vancouver, Juni www.worldpeaceforum.ca;
WRI-Konferenz, Paderborn www.globalisingnonviolence.org.
Eine Intensivierung solcher Aktivität kostet aber wiederum Reisegeld, Unterbringung und Verpflegung. Aber woher das Geld nehmen?
Die bisherige CPTI-Arbeit ist, ohne diese neue Aufgabe, schon nicht billig. New York und Genf erst recht sind teure Städte.
Als internationale NRO arbeitet CPTI wirtschaftlich, nutzt intensiv eMails – darüber laufen die meisten Kontakte. Aber nicht alles kann elektronisch erledigt werden. Um auf Tuchfühlung zu bleiben kommt man um einige Reisen einfach nicht herum. In 2004 wurde deshalb bei der Konferenz in Brüssel ein erster Spendenaufruf gestartet; wenige hundert Euro plus drei Dauerspenden kamen zusammen. Das hält nicht lang vor....
John Randall (USA) ist bereit, für CPTI zum *Welt-Friedens-Forum* nach Vancouver zu reisen. Er investiert seine Freizeit und schleppt, wie er schreibt, einen großen Koffer mit Sandwiches mit, damit die Verpflegung nicht zu teuer wird. Wer also die weltweite CPTI-Vernetzungs- und Repräsentationsarbeit für wichtig hält, möge prüfen, ob er/sie im Spendenbudget noch ein wenig Spielraum findet... damit z.B. John seine Reise nicht privat bezahlen muss, und wir ihm eine Kühltasche für den Sandwich-Berg kaufen können. So enden wir also mit einem zweiten

SPENDENAUFRUF für CPTI

Werden Sie „Friend of CPTI" mit einem Obolus von 5 oder 10 Euro pro Jahr (oder natürlich so viel wie Sie wollen!). Bei einem festen eigenen CPTI-Budget lässt es sich besser planen.

Spendenkonto: CPTI
IBAN: BE 12 0001 7098 1492
Bank of the Post, Diestesteenweg, 3010 Leuven, Belgien.

Hannelore Morgenstern



Jan Eliasson wollte den MRK in Konsens erreichen

Von UN-Menschenrechtskommission zu UN-Menschenrechtsrat

Durch die endlosen UNO-Verhandlungen über Reformen der Menschenrechtskommission konnte CPTI dieses Jahr seine Arbeit in Genf nicht richtig anfangen. Trotzdem waren wir dauernd damit beschäftigt.

Es ist die Hauptaufgabe von CPTI, unser MSV-Anliegen bei der UNO-Menschenrechtskommission/ MRK einzubringen und zu einer gesetzlichen Regelung zu gelangen: MSV als anerkanntes Grundrecht und Menschenrecht. Unsere CPTI-ler sind wie immer fleißig dabei, aber dieses Jahr werden ihre Nerven arg strapaziert. Die MRK wurde aufgehoben; stattdessen gibt es nun einen Menschenrechtsrat/ MRR. In der Zwischenzeit hängen aber sämtliche über ECOSOC akkreditierten NRO planungsmäßig im Luftleeren. Sie wissen nicht mal, ob sie künftig genau so Zugang zum MRR haben werden wie bisher zur MRK und wo sie hin müssen: Genf oder New York?

WAS bisher geschah.....

- Seit langem wuchs der Wunsch nach effektiverer Arbeit der MRK. Mit den Jahren wurde sie kritisiert, weil darin auch Staaten vertreten waren, die selbst wegen Menschenrechtsvergehen in der Kritik stehen. Zudem benötigte das Gremium oft Jahre, um Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Zwei weitere Kritikpunkte waren die Politisierung der Kommission und die kurze Zeitspanne ihres Zusammentretens (6 Wochen im Jahr).
- Nach Vorschlägen von Kofi Annan sollte es statt der Menschenrechts*kommission*, die Teil des Wirtschafts- und Sozialrats war (ECOSOC), künftig einen Menschenrechts*rat*/MRR als eigenständiges UN-Organ geben. Es sollten in dessen Konstruktion die genannten Defizite erst gar nicht auftreten. Die Mitglieder sollten durch ein möglichst hohes Wahlquorum als ernst zu nehmende Vertreter der Menschenrechte anerkannt werden können. Der MRR sollte permanent tagen und dann schneller reagieren können.
- Seit dem UN-Gipfel in September 2005 verhandelte man innerhalb der UN-Vollversammlung Annans Reformvorschläge. Dabei wurde versucht, alle (verdeckten) Interessen offen zu legen und unter einen Hut zu bringen. Das muss wohl recht schwierig gewesen sein, denn dieser Reformprozess ging bis Mitte März 2006.
- Das Ergebnis wurde vom Vorsitzenden der UN-Vollversammlung, Jan Eliasson, festgehalten.
- Am 15. März fiel die Entscheidung. Heraus kam ein Kompromiss, mit dem anscheinend fast alle Betroffenen erst einmal leben können:

Der MRR wird aus nur 47 Mitglieder bestehen, die in der UN-Vollversammlung in geheimer Wahl mit einfacher (nicht, wie vorgeschlagen, mit 2/3) Mehrheit für eine dreijährige Amtszeit bestimmt werden, d.h.: mit 96 von 191 Stimmen. Das Gremium soll dreimal im Jahr mindestens zehn Wochen lang tagen, also 30 Wochen (nicht, wie vorgeschlagen, permanent). Es gibt allerdings die Möglichkeit, zusätzlich Dringlichkeitssitzungen einzuberufen.

Alle 47 Mitglieder müssen sich regelmäßig von Experten auf eigene Verstöße gegen die Menschenrechte überprüfen lassen. Sündigt ein Mitglied, kann es mit Zweidrittel-Mehrheit der UN-Vollversammlung aus dem MRR ausgeschlossen werden.

- Und nun ist es amtlich: am 19. Juni geht es endlich wieder weiter, da nimmt der MRR seine Geschäfte auf. Denn am 9. Mai sind die 47 Mitglieder gewählt worden, mit folgendem Ergebnis (nach Stimmenzahl):

Westliche Staaten:
1) Deutschland, 2) Frankreich, 3) Großbritannien, 4) Schweiz, 5) Niederlande, 6) Finnland, 7) Kanada.

Afrika:
1) Ghana, 2) Sambia, 3) Senegal, 4)Südafrika, 5)Mali, 6) Mauritius, 7) Marokko, 8) Gabun, 9) Dschibuti, 10) Tunesien, 11) Kamerun, 12) Nigeria, 13) Algerien.

Asien:
1) Indien, 2) Indonesien, 3) Bangladesh, 4) Japan, 5) Malaysia, 6) Pakistan, 7) Südkorea, 8) China, 9) Jordanien, 10) Philippinen, 11) Bahrein, 12) Saoudi-Arabien, 13) Sri Lanka.

Osteuropa:
1) Russland, 2) Polen, 3) Tschechische Republik 4) Ukraine, 5) Aserbaidschan, 6) Rumänien.

Lateinamerika und Karibik:
1) Brasilien, 2) Argentinien, 3) Mexiko, 4) Peru, 5) Quatemala, 6) Uruquay, 7) Kuba, 8) Ecuador.
Stimmenthaltungen: Weißrussland, Iran, Venezuela.

Da drängt sich doch als erstes die Frage auf, ob es wohl genügend Experte gibt, diese Länder regelmäßig

auf Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen – Deutschland inbegriffen; und was dann dabei herauskommen würde? Ein ständiges Kommen und Gehen von Mitgliedern? Wer hält sich länger als ein Jahr? Genau so gut könnte man fordern, der Sicherheitsrat solle aus lauter Ländern bestehen, die tatsächlich Sicherheit im Sinne von Frieden bieten. Nein, wir müssen weiter mit allen Sündern, die wir sind. Die einzige Hoffnung ist die, dass der MRR mehr, besser und schneller wird arbeiten können wie die MRK.

.....und WIE es geschah: ein Fortsetzungsroman aus Genf

Seit September 05 verfolgte ich den Reformprozess. Es kamen immer wieder Berichte über die Verhandlungen in der UNO, so wie Einschätzungen, Wünsche, Forderungen und Kritik von verschiedensten Seiten.
Es meldeten sich die NRO, die Kirchen, die EU, Kofi Annan und zum Schluss fünf Friedensnobelpreisträger zu Wort. Sieben lange Monate musste ich alle Infos mühsam aus Medien, Internet und mehr oder weniger gut informierten Kreisen (meistens via Derek Brett) zusammensuchen. Immer wieder endeten die Berichte für mich (und CPTI) in Fragezeichen.
Während in New York weiter taktiert wurde, gab es in Genf für alle Beteiligten so etwas wie eine „daily soap", oder, wie Derek es nannte: „A message to keep you all in touch with what we know we don't know". Zentrale Fragen: Werden die NRO, bzw. CPTI, überhaupt wieder zugelassen, oder nicht? Geht es weiter nach Genf oder müssen wir künftig nach New York? Und wann?
Dazu praktische Überlegungen: Wenn nicht rechtzeitig Reformen beschlossen werden, müssen wir möglicherweise ganz kurzfristig doch noch zur alten MRK. Sollen wir doch schon die Urlaubswoche einplanen? Hotel buchen? Flugticket kaufen (je früher, je billiger...). Oder werden wir doch noch ganz kurzfristig planen können?
Ende Februar hatte der Zusammenschluss der „beratenden" Nichtregierungsorganisationen bei der UNO einen Informations- und Koordinationsservice eingerichtet, der die NRO bei der Planung ihrer Teilnahme an der Tagung der MRK unterstützen sollte. CPTI hatte sich sofort dort eingeschrieben, aber auch das half nicht weiter für unsere Planung.
Langsam schälte sich heraus, dass die alte MRK ihre 62. – und damit letzte – Sitzung doch in Genf abhalten würde, unter dem Vorsitzenden Manuel Rodríguez Cuadros (Peru). Sonst wussten wir nichts.
Am 10. März schrieben neun größere NRO an das MRK-Büro mit der Bitte, in jedem Fall bestimmte dringende Themen zu verhandeln. Damit wollten sie eine „Schutz-Lücke" der laufenden Arbeit verhindern. Tatsächlich eröffnete Cuadros am 13.03. die Tagung, die dann sofort beschloss, sich für eine Woche zu vertagen, um doch die nun bald erwartete UNO-Entscheidung abzuwarten.

Am 15. März kam endlich die erlösende Nachricht, dass der Menschenrechtsrat gegründet worden war:

„New York (dpa) – Gegen den Willen der USA haben die Vereinten Nationen am Mittwoch die Gründung eines Menschenrechtsrats beschlossen. Die UN-Vollversammlung nahm die Resolution ihres Präsidenten Jan Eliasson mit überwältigender Mehrheit an. 170 Länder stimmten für das neue UN-Gremium, das die seit langem umstrittene Menschenrechtskommission in Genf ersetzen soll."
Mit „Nein" votierten die USA, Israel, die Marschall-Inseln und der Inselstaat Palau.
Trotz ihres „Nein" will die US-Regierung den MRR unterstützen, hatte Außenministerin Rice laut *Washington Post* Kofi Annan zuvor telefonisch versichert.

Aber gegründet hieß noch nicht: arbeitsfähig. Erst mussten die Mitglieder noch gewählt und die Arbeitsbedingungen neu geregelt werden. Also tagte die alte MRK am 20. März erneut, wiederholte aber die Vertagungsprozedur. Erst ab 27. März kam die Kommission langsam in Fahrt.

CPTI hatte zu diesem Zeitpunkt alle Aktivitäten in Genf aufgegeben – ohne zuvor finanzielle Verpflichtungen eingegangen zu sein. Andere NRO waren jedoch angereist – vergeblich und mit finanziellen Verlusten.

Wir müssen immer noch abwarten, wie es wo und wann weitergeht. Vorbereitet hatten wir uns auf die 62. Sitzung der MRK mit einer schriftlichen Erklärung, formuliert von Derek Brett. Diese finden Sie auf Seiten 8 und 9.

Hannelore Morgenstern
& Gertie Brammer

Persönliches

Zum Jahresende 2005 hat die Vorsitzende von CPTI, **Marian Franz** (USA) ihre Arbeit als Geschäftsführerin von *National Campaign for a Peace Tax Fund* beendet. Zurzeit führt Tim Godshall die Geschäfte. Marian musste sich einer Operation unterziehen. Im Moment versucht sie sich zu erholen. Vor kurzem verstarb ihr Ehemann, Delton Franz, der sehr aktiv war bei den Mennoniten in USA.

Wir hoffen sehr, Marian im Oktober in Woltersdorf bei uns haben zu können.

CPTI

MENSCHENRECHTSKOMMISSION
62. Sitzung,
Punkt 11 (g) der provisorischen Agenda

Bürgerrechte und politische Rechte, inklusive Fragen zu Militärsteuerverweigerung

Schriftliche Erklärung, eingereicht durch CPTI, eine NRO mit besonderem konsultativem Status

Der Menschenrechtskommission kommt große Verdienste zu was die Anerkennung der Rechte von Militärdienstverweigerer betrifft. Es wäre nur konsequent, wenn sie diese Anerkennung jetzt auf die Militärsteuerverweigererinnen ausdehnen würde.

Zwischen direktem, physischem Militärdienst und indirektem, finanziellem Militärdienst gab es in der ganzen Geschichte bis heute einen engen Zusammenhang. Man kann sagen, dass das Steuersystem des modernen nationalen Staates seinen Ursprung fand in der Erkennung der desaströsen wirtschaftlichen Konsequenzen des allgemeinen körperlichen Militärdienstes in der feudalen Tradition. Oft fing die Besteuerung damit an, dass die produktivsten Gruppen der Gesellschaft einen Ersatz durch Lieferungen und Geld anstelle Militärdienst zahlen durften. Dies entwickelte sich schnell zu einer indirekten Unterstützung mittels equivalenter finanzieller Beiträge an den Staat, was in Freistellung des wohlhabenderen Teils der Gesellschaft mündete, während die Ärmeren weiterhin den Militärdienst leisteten.

Eine von Conscience and Peace Tax International/CPTI durchgeführte Studie, die im Frühling 2006 unter dem Titel: „Eine globale Umfrage zum Thema Rekrutierung und Militärdienstverweigerung"[1] erscheinen wird[2], macht deutlich, dass eine überraschend hohe Zahl von Staaten weiterhin finanzielle Beiträge anstatt Militärdienst akzeptiert. In Kolumbien, Ecuador, Bolivien und der Schweiz sind alle oder die meisten derjenigen, die keinen Militärdienst leisten müssen aus welchen Gründen auch immer – und auch diejenige, die wohl bereit, aber physisch unfähig sind -, aufgefordert, eine spezielle Militärsteuer zu zahlen. In anderen Ländern gibt es gesetzliche Regelungen, nach der Freistellung (Albanien, Georgien, Mongolei) oder Verkürzung des Militärdienstes auf eine kurze Übungsperiode (Iran, Usbekistan) erkauft werden kann. Manchmal gilt diese Option nur für Bürger im Ausland als eine Alternative zur Verfolgung als „Drückeberger", die nach Rückkehr in die Heimat drohen würde (Syrien, Türkei); dies wurde auch kürzlich in Serbien-Montenegro vorgeschlagen.

Dies ist nur einer von vielen Gründen, warum es selten vorkommt, dass mehr als ein ganz kleiner Teil von allen nominal Betroffenen der Wehrpflicht auch tatsächlich nachkommt. In der Russischen Föderation nenn das Verteidigungsministerium selber die Zahl von nicht mehr als 9,5%; ein extremes Beispiel, aber keineswegs das einzige. Was geschieht mit den anderen? Je nach Land kann es sein, dass die Wehrpflichtigen erst gar nicht einberufen werden; dass sie Glück haben bei der Auslosung; dass sie die Einberufung zum Militärdienst ignorieren – was sie am Sichersten durch einen Auslandsaufenthalt bewerkstelligen; oder sie werden ausgemustert oder freigestellt aus einem der vielen möglichen Gründen. Unverhohlene Korruption – Bestechung des Rekrutierungsoffiziers, Kauf eines gefälschten medizinischen Attestes – und der generell größere Zugang zu Berufungs- und Freistellungsprozessen derjenigen mit Geld, Bildung und Einfluss bewirken gemeinsam auch dort, wo es keine formelle Regelung für das „Freikaufen" gibt, dass in der Regel nur die Armen, die schlecht Gebildeten und die Menschen aus weniger entwickelten Regionen oder aus gesellschaftlichen Randgruppen übrig bleiben, um den überwiegenden Teil der Wehrpflichtigen zu stellen.

Tatsache ist, dass das ganze System der Wehrpflicht rückläufig ist[3]. Dieser Prozess wird oft vom militärischen Establishment selbst vorangetrieben, das die Beschäftigung einer großen Zahl von schlecht motivierten oder sogar unwilligen Wehrdienstleistenden für unangemessen hält angesichts der Erfordernisse des 21. Jahrhunderts. Zwar brauchen gut ausgestattete, hoch trainierte, „professionelle" Armeen weniger ungeschultes Kanonenfutter, aber sie benötigen Geld; und dieses Geld kommt von der steuerzahlenden Bürgerschaft. Kriegsdienst mit der Waffe wird durch Kriegsdienst mit der Steuer ersetzt.

Auch wenn die Zeit der physischen Wehrpflicht zu Ende geht, so bleiben doch die moralischen und ethischen Argumente für Kriegsdienstverweigerung gültig. Mag sein, dass die Komplexität moderner Wirtschaftssysteme manchmal den Durchblick erschwert, dennoch bleibt ein direkter Zusammenhang bestehen zwischen den Steuern, welche der Staat von seinen BürgerInnen einnimmt, und deren Ausgabe für Rüstung und militärische Aktivitäten. Viele BürgerInnen können die Beschaffung finanzieller Mittel, damit andere Menschen sich in ihrem Namen auf die Anwendung tödlicher Gewalt vorbereiten können, nicht vor ihrem Gewissen vertreten – sei es aus religiösen Glaubensgrundsätzen, sei es aus tiefgehenden moralischen oder ethischen Grundsätzen.

Deshalb fordert CPTI diese Kommission auf
a) anzuerkennen, dass Kriegsdienst mit der Steuer eine genau so bindende und legitime Manifestation der Freiheit von Gedanken, Gewissen und Religion ist wie der Kriegdienst mit der Waffe;
b) in seine Resolution zu diesem Thema eine Empfehlung aufzunehmen, wodurch Staaten ermutigt werden, die Militärsteuerverweigerung zu berücksichtigen;
c) vorzuschlagen, dass Staaten den Militärsteuerverweigererlnnen eine Möglichkeit eröffnen, durch welche sie ihre direkten Steuern ausschließlich für solche Zwecke zahlen, die mit der Natur ihrer Verweigerung übereinstimmen – und zwar analog zur Möglichkeit für Kriegdienstverweigerer einen Ersatzdienst zu leisten, der mit der Natur ihrer Verweigerung übereinstimmt.

Formulierung: Derek Brett
Übersetzung: Gertie Brammer und Hannelore Morgenstern-Przygoda

1) Diese Studie wurde durch eine Spende des Joseph Rowntree Charitable Trust (Quaker) ermöglicht.

2) Die Studie ist mittlerweile veröffentlicht (in Englisch) und kann bestellt werden bei Derek Brett (dubrett@talk21.com).

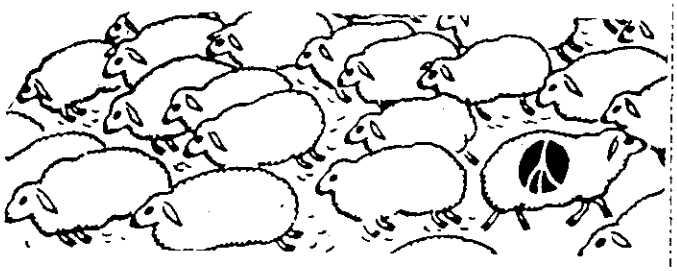
3) Seit 1963 haben folgende Länder die Wehrpflicht abgeschafft: Argentinien, Australien, Belgien, Bosnien-Herzegowina, Tschechische Republik, Frankreich, Honduras, Ungarn, Italien, Jordanien, Kuwait, Luxemburg, Niederlande, Neuseeland, Nicaragua, Peru, Portugal, Slowenien, Südafrika, Spanien, Großbritannien, USA. Es wird erwartet, dass 2007 dazu kommen: Lettland, Rumänien und Slowakei. Andere, darunter Chile, El Salvador, Guatemala und Marokko, halten die Wehrpflicht gesetzlich formell aufrecht, geben aber an, dass der Bedarf an Rekruten für die Armee intentional oder praktisch in absehbarer Zeit durch freiwillige gedeckt werden wird. Verkürzungen der Wehrpflichtszeit haben schon stattgefunden oder werden gerade diskutiert, oder beides – oft als erster Schritt in Richtung einer „Professionalisierung" der Armee – in Albanien, Österreich, Bulgarien, Kroatien, Finnland, Georgien, Deutschland, Griechenland, Iran, Mongolei, Norwegen, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Serbien-Montenegro, Schweiz, Mazedonien, Ukraine, Usbekistan und Venezuela.

-.-.-.-

PROZESSE: PEACE TAX SEVEN

Die *Peace Tax Seven* sind sieben Militärsteuerverweigerer in Großbritannien, die es bis vor den High Court (das britische Verfassungsgericht) geschafft haben. Und dort einen Richter trafen, der ihre Sache verstand und anerkennen wollte. Er war der Ansicht, dass das Verhalten der Kläger mit deren pazifistischen Überzeugung in Übereinstimmung war. Dies stellte er gleich mit dem Recht, den Glauben in der Praxis zu manifestieren. Der Glauben muss nämlich nicht unbedingt religiöser Art, sondern kann auch ethischer oder sozialer Art sein. Der Richter meinte, dass das Finanzzamt einsehen müsse, dass es hier zumindest Gesprächsbedarf gibt. Der Schutzbereich von Art.9 (1) der Europäischen Konvention sei betroffen.
Das hört sich erst einmal gut an, und man würde ein positives Urteil erwarten. Pech! Der Europäische Gerichtshof für die Menschenrechte in Straßburg hat in einem früheren Fall negativ entschieden und seitdem keine ähnlichen Fälle mehr zugelassen. Der britische High Court aber darf keine Entscheidungen „gegen Straßburg" fällen. Was nun?
Es gibt einen Lichtblick: der Richter des High Court meint, dass das frühere negative Urteil von „Straßburg" *nicht* einem ähnlichen Fall galt, sondern einem Fall, wo das Verhalten des Klägers nicht mit dessen Glauben konform war. Daher müsste „Straßburg" sich mit Fällen wie von den *Peace Tax Seven* erneut auseinandersetzen. Da wird wieder viel Zeit ins Land gehen, aber immerhin: es bewegt sich etwas auf höchster Ebene!
Die *Peace Tax Seven* haben sich zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz in Woltersdorf angemeldet, wo sie uns persönlich über den Fortgang ihres Rechtsweges und die Perspektiven informieren wollen.

Quelle: 2. CPTI-Newsletter von Derek Brett



Mann lacht über die Militärdienstverweigerer! Nach meiner Meinung sind sie das allerwertvollste Symptom der Zeit. Es ist schon so weit, dass eine ernsthafte Motion im Gange ist, man solle denen, die aus sittlichen Gründen den Dienst verweigern, Gelegenheit schaffen, ihren Dienst in ziviler Arbeit abzulösen. Vielleicht wird das nicht durchgehen, heut noch nicht, aber kommen wird es absolut sicher, und vielleicht kommt dann auch eine Zeit, wo auf drei Soldaten zehn Zivildienstluende kommen werden, wo man ganz natürlich das Kriegshandwerk, soweit es noch existiert, den geborenen Raufbolden und Sauhunden überlässt. Aber alles das wäre nie gekommen, wenn nicht zuerst eine Anzahl Menschen den Mut gehabt hätte, einem starken Gefühl zulieb gegen die Allgemeinheit zu protestieren und den Dienst zu verweigern.

Aus einem Brief vom 3.1.1917
(Autor unbekannt)

Bericht von der Jahrestagung in Köln vom 17.-19. Februar 2006.

Im Bildungshaus *St.Pantaleonskloster* zu Köln fing die Jahrestagung an mit einer Podiumsdiskussion zum Thema **„Zivilsteuer – warum eigentlich nicht?"**
Prof. Dr. Dirk Löhr (Gutachter für die Folgekosten unseres Zivilsteuerkonzepts), Daniel Schily von *Mehr Demokratie e.V.* und Sepp Rottmayr diskutierten das Konzept unter der Moderation von Michael Jäger (Journalist der Wochenzeitung *Freitag*).
Wenn das Konzept umgesetzt würde – ihm stehen keine grundgesetzlichen und finanziellen Widersprüche im Wege – hätte es, zusätzlich zur Lösung unseres Gewissensproblems, noch eine andere positive Wirkung für mehr Demokratie, nämlich: die Förderung des Verantwortungsbewusstseins der Menschen im Staat. Die SteuerbürgerInnen sind zwar seit eh und je durch die Zahlung von Militärsteuern für Krieg und Frieden verantwortlich. Diese Verantwortung aber wird ihnen eher dann bewusst werden, wenn sie eine Wahlmöglichkeit haben, d.h.: wenn sie ihrer Verantwortung endlich gerecht werden können. Mit dieser Wahl würden sie eine reelle Stimme bekommen.
Es wurde auf die seitens der Politiker meist vorgetragenen Ängste eingegangen – obwohl leider kein Politiker da war (Winfried Nachtwei hatte kurzfristig abgesagt). Wir kennen diese Ängste aus den vielen Lobbygesprächen aber bestens.
Michael Jäger hat die Diskussion für und mit den 28 TeilnehmerInnen geschickt und interessiert moderiert. Ein gelungener Tagungsanfang!
Am Samstagmorgen wurden beide Gutachten noch einmal zusammengefasst und hinterfragt von Prof. Löhr und Sepp Rottmayr (anstatt von Prof. Fisahn, der leider hatte absagen müssen). Gut zu wissen: Professor Löhr wird für eine spätere Ausformulierung eines Gesetzestextes weiterhin zur Verfügung stehen.

Berichte aus den Organen

AG Steuern zu Pflugscharen
- Diese AG fragt bei den Landeskirchen nach, wie sie auf die Anträge ihrer Beschäftigten auf Militärsteuerverweigerung reagiert haben.
- Hier knüpfen wir noch einmal an die vorige Nummer der *Friedenssteuer-Nachrichten* an, Thema: Friedensdekade 2006. Es wäre schön, wenn viele Friedenssteuerleute versuchen würden, das Netzwerkthema in der eigenen Kirchengemeinde neu zu beleben (s. Website; fragen an Sepp Rottmayr).

AG Gesetzesinitiative
- Ende Juni trifft die AG sich zum dritten Mal mit der interfraktionellen Abgeordnetengruppe. Wir werden darüber beraten, ob wir den Gesetzestext jetzt schon ausformulieren sollten für die Ministerialbürokratie.
- Vorrangig werden im Moment die Mitglieder des Petitionsausschusses angesprochen.

AG Öffentlichkeit
- Unser Internetauftritt wird neu gemacht. Er wird im Juli fertig werden. Die wichtigsten Neuigkeiten: Es wird möglich sein, die Erklärung online zu unterschreiben; es wird mehr über CPTI zu erfahren sein, was zunehmend wichtiger wird; es wird eine Link-Sammlung zu DFG-VK, WRI, BSV etc. geben; und schöner wird die Website auch noch!
- Es ist ein Aufkleber für's Auto in Arbeit.
- Unter www.lokale-friedensarbeit.de finden Sie eine Landkarte der *Arbeitsgruppe Dienst für den Frieden*, wo lokale Friedensgruppen eingetragen wurden und weiterhin werden können. Dort sind alle vorhandenen Kontaktadressen des Netzwerk Friedenssteuer eingetragen (eine Adresse pro Ort). Wenn Sie sich als Kontaktperson für einen Ort, für den wir noch keine Eintragung haben, vorstellen können – bitte melden bei Gertie Brammer. Es gibt noch viel Platz auf der Karte.

Unsere **Kurzinformationen** erscheinen nur per eMail. Wer sie erhalten möchte, bitten wir, die eigene Mailadresse durchzugeben an: friedrich.heilmann@web.de.

Wer **Material** vom *Netzwerk Friedenssteuer* **für das** *Grüne Gedächtnis* (**Archiv** d. *Heinrich-Böll-Stiftung*) hat, kann dies völlig unsortiert an Friedrich Heilmann schicken, dessen Keller als Zwischenlager fungiert.

Vernetzung mit der breiteren Friedensbewegung
- In Köln wurde beschlossen, dass ein Netzwerksmitglied auch Mitglied bei der DFG-VK wird, um dort unser Thema zu vertreten und sich für gemeinsame Interessen gemeinsam einzusetzen.
- Ein gutes Beispiel für diese Vernetzung gab es am 20. Mai in Ludwigsburg. Dort fand die Veranstaltung *Alternativen zur Gewalt* statt, organisiert durch DFG-VK, Netzwerk Friedenssteuer, Pax Christi und Attac.
Es kamen 85 TeilnehmerInnen zu 2x6 Workshops. Vorab sprachen Bettina Gaus (*taz*) und Alexander Stenzel (*SWR-Fernsehen*) über ihre Erfahrungen bei der Kriegsberichterstattung. Wir haben uns intensiv an der Organisation beteiligt und einen Workshop zu unserem Thema geleitet, am dem Roland Vogt (Konversionsexperte des Landes Brandenburg i.R. und Vertreter der *FREIHe HEIDe*), sowie Peter Grohmann (Kabarettist und Friedensaktivist in Stuttgart) mitwirkten.

Gertie Brammer

EINLADUNG

zur 11. INTERN. KONFERENZ für
Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuerinitiativen

Liebe Freundinnen und Freude,
herzliche Einladung zur 11. Internationalen Konferenz mit dem Thema:

„Militärsteuer – Verantwortung – Friedenssteuer".

Die Konferenz findet vom 26.-29.Oktober 2006 im „EC Begegnungszentrum" in Woltersdorf bei Berlin statt. Das Tagungshaus bietet, außer Gästezimmern und Speiseräumen, einen Saal für die Plenumssitzungen so wie Seminarräume.
Woltersdorf ist mit öffentlichen Verkehrsmitteln von Berlin im 10-, abends im 20-Minutentakt erreichbar.

Bei der 10. Tagung in Brüssel hatte sich eine internationale Vorbereitungsgruppe bereit erklärt, die Tagung inhaltlich vorzubereiten. Dazu hat sich eine deutsche Gruppe gebildet, die die Vorbereitungen unterstütz. Inzwischen gibt es ein vorläufiges Programm, s. hierneben. Alle Unterlagen für die Konferenz und für die Anmeldung finden Sie auf der Internetseite www.peacetax-2006.com. Auf Wunsch können sie auch per eMail oder Briefpost zugeschickt werden. Es gibt ein Vor- und Zusatzprogramm für alle TeilnehmerInnen, zu dem Sie eben so herzlich eingeladen sind.

Wichtig für uns ist, dass Sie so bald wie möglich das **Anmeldeformular** ausfüllen und an mich zurückschicken. Bitte denken Sie an die **persönliche Vorstellung** (Name, Alter, Ort, Land, Organisation, einige Angaben zur Biografie – max. 400 Zeichen, das sind 4 bis 5 gedruckte Zeilen), weil diese für die Vorbereitung der Konferenz und alle anderen Teilnehmenden sehr interessant ist.

Wir bitten um Überweisung von 125 Euro bis zum 30. Sept. 2006
(Tagungsbeitrag + Übernachtungen/Mahlzeiten = Mindestkosten)
auf das angegebene Konto (s. Anmeldungsformular).
Die präzisen Kosten werden bei der Konferenz berechnet; falls sich eine Differenz ergibt, bitten wir dann um Barzahlung. Es ist keine Kartenzahlung möglich, sorry. Unterstützung bzw. Beitragsmindeminderung ist in Ausnahmen möglich.
Wir hoffen, dass wir Sie bei der Konferenz begrüßen können. Bitte geben Sie die Einladung auch an interessierte Personen weiter. Für die Vorbereitungsgruppe grüßt Sie herzlich

Friedrich Heilmann, Konferenz Koordinator

PROGRAMM-ECKPUNKTE

Mittwoch und Donnerstag
Vorprogramm: Besuch bei Bundestagsabgeordneten
(besondere Anmeldung)

Donnerstag 26.10.2006
19.00 Uhr
Eröffnung der Konferenz mit Vortrag von Derek Brett:
„Militärische Rekrutierung und gewissensbedingte Verweigerung
- ein weltweiter Überblick"

Freitag 27.10.2006
Präsentation von Militärsteuerverweigerung auf internationaler Ebene

Kennenlernen

Workshops I – u.a.
Straßentheater, Menschenrecht, Argumentation
Workshops II – u.a.
Prozessführung, Lobbyarbeit

Abends: Politisch bewegtes Straßentheater mit und für alle

Samstag 28.10.2006
Vorträge zum Thema „Politische Verantwortung" - Podiumsdiskussion

CPTI Vollversammlung

Bunter Länderabend

Sonntag 29.10.2006
Abschlussplenum
12.00 Uhr Abschluss der Konferenz

Nachmittags Zusatzprogramm:
Politische Stadtrundfahrt Berlin
(besondere Anmeldung)

Termine

23.-27. Juli 2006 in Paderborn: Dreijährliche internationale Konferenz von **War Resisters International/WRI.**

26.-29. Oktober 2006 in Woltersdorf bei Berlin: 11. Intern. Konferenz.

Kontaktpersonen-Liste

Stand: Juni 2006

PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEFON	FAX	eMail
Region Ost:					
04668 Leipnitz	Sebastian Fleischhack	Kirchberg 3	034386 - 42023		
99084 Erfurt	Gerlinde u. Martin Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 - 6026959	0361 - 6026961	rambowerfurt@web.de
Region Berlin / Nordost:					
10407 Berlin	Gisela Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	030 - 4251860		gisela-lmk@web.de
10439 Berlin	Else Tonke	Stavanger Str. 5	030 - 4444379	030 - 44339133	elsetonke@gmx.de
Region Nord:					
30171 Hannover	Dedo von Krosigk	Birkenstr. 32	0511 - 801696	0511 - 5194881	dedo.krosigk@web.de
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 - 31231	12:30 - 13 h	
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 - 4194	06406 - 905845	fam-staude@web.de
Region West:					
40489 Düsseldorf	Ute u. Robert Antoch	Alte Landstr. 32	0211 - 403986	0211 - 404723	uantoch@gmx.de
Region Südwest:					
69231 Rauenberg	Günther Lott	Hauptstr. 1a	06222 - 62741	06222 - 3079731	faxistbesser@freenet.de
79249 Merzhausen	Christa & Klausmartin Voigt	Im Laimacker 20	0761 - 404940	0761 - 4001263	voigtnews@onlinehome.de
Region Bayern:					
80337 München	Katharina Rottmayr	Ruppertstr. 16	089 - 7259416	089 - 45991511 d	k.rottmayr@igmuc.de
90408 Nürnberg	Dr. Brigitte Janus	Krelingstr. 10	0911 - 353237	0911 - 269851	b.janus@arcor.de
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegelfeld 5	0911 - 5215210	0911 - 2142153	
90441 Nürnberg	Lina Hoffmann	Olivenweg 36	0911 – 662993		lina-helmut.hoffmann@t-online.de
Arbeitsschwerpunkte:					
AG Gesetzesinitiative					
Gertie Brammer (Gesetz)	70199 Stuttgart	Heslacher Wand 7	0711 - 6076604		g.bram@freenet.de
Friedrich Heilmann (Lobby)	15537 Erkner	Seestr. 21	03362 - 503071	03362 - 27491	friedrich.heilmann@web.de
AG Steuern zu Pflugscharen					
Gerlinde Rambow	99084 Erfurt	Puschkinstr. 11a	0361 - 6026959	0361 - 6026961	rambowerfurt@web.de
AG Vernetzung & Kampagne					
Michael Held	36251 Bad Hersfeld	Simon-Haune-Str. 15	06621 - 620186	06621 - 65645	a-p-s@gmx.de
AG Öffentlichkeitsarbeit					
Friedrich Heilmann	15537 Erkner	Seestr. 21	03362 - 503071	03362 - 27492	friedrich.heilmann@web.de
Internationales					
Hannelore Morgenstern-Przygoda	50735 Köln	Jesuitengasse 39a	0221 - 743496	0221 - 3382171	hannelore.morgenstern @gmx.de
Geschäftsführer					
Sepp Rottmayr	81541 München	Eduard-Schmid-Str. 26	089 - 659253	089 - 62421431	s.rottmayr@t-online.de
Vorstand des e.V.	Friedrich Heilmann, Hannelore Morgenstern-Przygoda, Sepp Rottmayr				

Internet: www.netzwerk-friedenssteuer.de **eMail: info@netzwerk-friedenssteuer.de**

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: Kontonr.70 016 016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67.
Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben!
Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt.
Ab 10,-- Euro Spenden pro Jahr bekommen Sie die ***Friedenssteuer-Nachrichten*** 2x pro Jahr zugeschickt.

Sperrkonto RA Kierig & Becker: Kontonr. 804 309 31 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67

Transparent- und Plakatverleih: Gudrun Rehmann (s. oben), Tel. am Besten zwischen 12.00 und 13.00 Uhr.

Bestellung der Friedenssteuer-Nachrichten und Adressenänderungen: Sepp Rottmayr (s. oben).

"Militärsteuer - Verantwortung – Friedenssteuer"
26. – 29. Oktober 2006 in Woltersdorf (bei Berlin)

Teilnehmer

Frau/Herr ..... Name: .....

Vorname: .....

Organisation: .....

Adresse

Straße: .....

Postleitzahl: ..... Ort: .....

Land: .....

Telefon: ..... Fax: .....

eMail: .....

Besondere Wünsche	**Sprache**
Ich möchte vegetarisch essen:	Muttersprache
Einzelzimmer (nur sehr wenige):	1. Fremdsprache
Ich möchte Diät essen:	2. Fremdsprache

andere Wünsche: .....

Konferenzteilnahme

Vorprogramm - politisches Berlin

		bitte eintragen ▼
Ich nehme am teil am	Mittwoch, 25.10.	
am	Donnerstag, 26.10.	

Konferenz

Ich nehme an der ganzen Konferenz teil	Donnerstag - Sonntag	
Ich kann leider nur teilnehmen am	Donnerstag	
am	Freitag	
am	Samstag	
am	Sonntag	
Zusatzprogramm Stadtrundfahrt Berlin, So	ich nehme teil	

Kosten

Konferenzbeitrag 26.-29. Okt.	50,00 €	€
Übernachtungen und Mahlzeiten pro Tag und je nach Bett/Zimmer	25...35,00 €	€
Einzelzimmerzuschlag pro Tag (nur sehr wenige)	15,00 €	€
Anreise am Mittwoch, 25. Okt.	35,00 €	€
Teilnahme o. Übernachtung inkl. Mahlzeiten+Konferenzbeitrag pro Tag	35,00 €	€
Stadtrundfahrt Berlin am Sonntagnachmittag	15,00 €	€
Spende, insbes. für Reisekostenunterstützung		€
	Gesamtbetrag:	€

Überweisung

Bitte 125 EUR Konferenzgebühren überweisen bis 30.9.2006. Kennwort: "IK06 + eigener Name"

Kontoinhaber	Netzwerk Friedenssteuer
BLZ	430 609 67, GLS-Bank
KtoNr	70 016 016 00
BIC	GENO DE M 1 GLS
IBAN	DE25430609677001601600

Nur Überweisung, bitte keine Verrechnungsschecks

Anmeldung und Rückfragen

Bitte ausfüllen und senden an:

Fax: **+49-3362-27491**

eMail: infos@peacetax-2006.com

für Fragen Tel: +49-3362-503071

Post:

Netzwerk Friedenssteuer
Friedrich Heilmann
Seestr. 21
D-15537 Erkner
F.R. Germany

Die Konferenzunterlagen einschl. Wegbeschreibung gehen rechtzeitig vor Konferenzbeginn zu. Im Internet werden die offiziellen Dokumente hinterlegt und können dort abgerufen werden, siehe www.peacetax-2006.com